

A	STELLUNGNAHMEN DER BEHÖRDEN UND TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE	2
A.1	Landratsamt Sigmaringen – FB Umwelt und Arbeitsschutz	2
A.2	Landratsamt Sigmaringen – FB Landwirtschaft	7
A.3	Landratsamt Sigmaringen – FB Straßenverkehrsbehörde	8
A.4	Landratsamt Sigmaringen – FB Baurecht	8
A.5	Regierungspräsidium Stuttgart – Landesamt für Denkmalpflege	8
A.6	Regierungspräsidium Tübingen – Raumordnung, Baurecht, Denkmalschutz	9
A.7	Regierungspräsidium Freiburg – Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau	10
A.8	Regionalverband Bodensee-Oberschwaben	12
A.9	Deutsche Telekom Netzproduktion GmbH	13
A.10	Netze BW GmbH	13
A.11	Netze-Gesellschaft Südwest mbH	14
A.12	NetCom BW GmbH	16
A.13	Amprion GmbH	16
A.14	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr	16
B	KEINE BEDENKEN UND ANREGUNGEN DER BEHÖRDEN UND TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE	18
B.1	Landratsamt Sigmaringen – FB Forst	18
B.2	Landratsamt Sigmaringen – FB Straßenbau	18
B.3	Landratsamt Sigmaringen – FB Recht und Ordnung	18
B.4	Landratsamt Sigmaringen – FB Vermessung und Flurneuordnung	18
B.5	Industrie- und Handelskammer Bodensee-Oberschwaben	18
B.6	terranets bw GmbH	18
B.7	Polizeipräsidium Ravensburg – Führungs- und Einsatzstab, Sachbereich Verkehr	18
B.8	Stadt Pfullendorf	18
B.9	GVV Altshausen	18
B.10	Gemeinde Hoßkirch	18
B.11	Regierungspräsidium Tübingen – Ref. 45	18
B.12	Gemeindeverwaltung Königseggwald	18
B.13	Gemeindeverwaltung Riedhausen	18
B.14	Gemeindeverwaltung Wilhelmsdorf	18
B.15	Gemeindeverwaltung Illmensee	18
B.16	Gemeindeverwaltung Krauchenwies	18
B.17	Gemeindeverwaltung Hohentengen	18
B.18	Stadtverwaltung Bad Saulgau	18
B.19	Stadtverwaltung Mengen	18
B.20	Zweckverband WV Königsegg	18
B.21	Landesnatschutzverband Baden-Württemberg e.V.	18
B.22	BUND	18
B.23	NABU Baden-Württemberg	18
B.24	BLS – Breitbandversorgungsgesellschaft im südlichen Landkreis Sigmaringen mbH & Co. KG	18
C	PRIVATE STELLUNGNAHMEN VON BÜRGERINNEN UND BÜRGERN	19

A STELLUNGNAHMEN DER BEHÖRDEN UND TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
A.1	Landratsamt Sigmaringen – FB Umwelt und Arbeitsschutz (gemeinsames Schreiben vom 10.08.2020)	
A.1.1	<p>Zum Bebauungsplan kann noch keine abschließende Stellungnahme abgegeben werden, da die Unterlagen (Verweis auf Immissionsschutz) noch nicht vollständig und damit noch nicht aussagekräftig genug sind.</p> <p>Zudem wäre auf die Regionalplanung zu achten hinsichtlich der, in der Fortschreibung ausgewiesenen, Vorrangflächen für Naturschutz und Landschaftspflege.</p>	<p>Dies wird berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der Kenntnis, dass auf das Plangebiet Emissionen in Form von landwirtschaftlichen Gerüchen einwirken, wurde vom Büro iMA Richter & Röckle ein detailliertes Geruchsprognosegutachten für den Bebauungsplan erstellt.</p> <p>Durch die geplante Ausbildung eines Uferrandstreifens auf dem gemeindeeigenen Flurstück Nr. 76/5 wird die Kohärenz (Durchgängigkeit) des Biotopsystems gesichert, wodurch den künftigen Festlegungen des Plansatz 3.2.1 Abs. 2 der Regionalplanfortschreibung (Vorranggebiet für Naturschutz und Landschaftspflege) entsprochen wird.</p>
A.1.2	WASSERRECHT	
A.1.2.1	<p><u>Wasserversorgung</u></p> <p>Die Trinkwasserversorgung kann durch den Anschluss an das örtliche Versorgungsnetz realisiert werden.</p>	Dies wird zur Kenntnis genommen.
A.1.2.2	<u>Abwasserbeseitigung</u>	
A.1.2.2.1	<p>Kommunales Abwasser</p> <p>Mit Blick auf eine gesicherte Abwasserbeseitigung bestehen bei einem Anschluss von häuslichem Abwasser an die Ortskanalisation keine Bedenken.</p> <p>Für die Beseitigung von Niederschlagswasser von befestigten und unbefestigten Flächen ist § 55 Abs. 2 des Wasserhaushaltsgesetzes (Handhabung von Niederschlagswasser) sowie § 46 des Wassergesetzes für Baden-Württemberg (Abwasserbeseitigungspflicht) zu beachten. Hierbei sind die Verordnung des Ministeriums für Umwelt über die dezentrale Beseitigung von Niederschlagswasser vom 22.03.1999, die Arbeitshilfen der LUBW „für den Umgang mit Regenwasser in Siedlungsgebieten“, das Arbeitsblatt der DWA A-138 sowie der Leitfaden zur naturverträglichen Regenwasserbewirtschaftung des Umweltministeriums anzuwenden.</p>	Dies wird zur Kenntnis genommen und ist als Hinweis bereits in den Bebauungsvorschriften enthalten.
A.1.2.3	<p><u>Grundwasserschutz</u></p> <p>Das Plangebiet befindet sich im WSG</p>	Dies wird zur Kenntnis genommen und ist als Hinweis bereits in der Begründung sowie in den Bebauungsvorschriften enthalten.

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
	<p>„Jettkofen“, Zone IIIB. Die Festlegungen der RVBO sind zu beachten. Die Nutzung von Erdwärme zu Heiz- oder Kühlzwecken (Erdwärmesonden, Grundwasserpumpen bzw. Grabenkollektoren) ist unter gewissen Umständen und ggf. einzuhaltenden Auflagen möglich.</p>	
<p>A.1.2.4</p>	<p><u>Oberirdische Gewässer</u></p> <p>Wie bereits in den Planunterlagen dokumentiert:</p> <p>Das Planungsgebiet befindet sich nahe des Seebachs. Der Seebach ist ein Gewässer 2. Ordnung und von wasserwirtschaftlicher Bedeutung.</p> <p>Der Gewässerrandstreifen von 10 Metern Breite ist im Außenbereich entsprechend einzuhalten. Auch eine Bepflanzung innerhalb des Gewässerrandstreifens ist nicht zulässig.</p> <p>Eine Bebauung auf den überfluteten Flächen ist nicht erlaubt und entsprechend den Planunterlagen auch nicht vorgesehen.</p>	<p>Dies wird zur Kenntnis genommen.</p>
<p>A.1.3</p>	<p>BODENSCHUTZ</p>	
<p>A.1.3.1</p>	<p>Die Belange des Bodenschutzes sind entsprechend des Merkblatts „Bodenschutz in der Bauleitplanung“ ausreichend berücksichtigt. Ein Ausgleich für den Eingriff in das Schutzgut Boden ist bei Verfahren nach § 13b nicht erforderlich.</p> <p>Bei der Erschließung und den einzelnen Bauvorhaben ist das Merkblatt des Landkreises Sigmaringen "Bodenschutz bei Bauarbeiten" sowie die DIN 19731 „Verwertung von Bodenmaterial“ zu beachten.</p> <p>Sollte anfallender Bodenaushub für Auffüllungen im Außenbereich vorgesehen sein, ist das Merkblatt „Erdauffüllungen/ Erdaufschüttungen im Außenbereich“ zu beachten. Die entsprechenden Anträge zur Genehmigung der Auffüllung sind rechtzeitig beim Landratsamt Sigmaringen, Fachbereich Umwelt und Arbeitsschutz einzureichen. Auch bei genehmigungsfreien Auffüllungen sind die rechtlichen und fachlichen Anforderungen des Bodenschutzes sowie des Naturschutzes zu beachten.</p> <p>Im Plangebiet befindet sich nach dem derzeitigen Kenntnisstand keine altlastverdächtige Fläche.</p>	<p>Dies wird zur Kenntnis genommen und ist bereits in den Bebauungsvorschriften enthalten.</p>

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
	Wird bei der Erschließung oder den Baumaßnahmen auf Müllablagerungen gestoßen oder werden Verunreinigungen des Baukörpers bzw. des Bodens (z. B. unnatürlicher Geruch, Verfärbung) festgestellt, ist umgehend das Landratsamt Sigmaringen, Fachbereich Umwelt und Arbeitsschutz, zu verständigen.	
A.1.4	ABFALL	
A.1.4.1	<p><u>Hinweis:</u></p> <p>Anfallende Bauabfälle, Bauschutt und Abbruchmaterial müssen getrennt gesammelt und einer Verwertung zugeführt bzw. als Abfall entsorgt werden.</p> <p>Bei der Verwertung von mineralischen Reststoffen sind die Anforderungen der Verwaltungsvorschrift des Umweltministeriums für die Verwertung von als Abfall eingestuftem Bodenmaterial vom 14.03.2007 bzw. die vorläufigen Hinweise zum Einsatz von Baustoffrecyclingmaterial des damaligen Ministeriums für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg vom 13.04.2004 einzuhalten.</p> <p>Bei der Verwertung von humosem Bodenmaterial in der durchwurzelbaren Bodenschicht oder als Oberboden ist die Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) anzuwenden.</p>	<p>Dies wird berücksichtigt.</p> <p>Dies wird als Hinweis in die Bebauungsvorschriften aufgenommen.</p>
A.1.5	IMMISSIONSSCHUTZ	
A.1.5.1	<p>Mit dem Bebauungsplan „Beundwiesen II“ soll das bestehende B-Plangebiet „Beundwiesen“ nach Osten erweitert werden. Damit wird die Wohnbebauung in Richtung der landwirtschaftlichen Hofstelle, Sankt-Nepomuk-Straße 49, erweitert. Bei Inversionswetterlagen (Ostwind, Nord-Ostwind) sind Geruchsimmissionen von dieser Hofstelle im Plangebiet zu erwarten. Das östlichste Baugrundstück im Plangebiet „Beundwiesen II“ liegt etwa gleich weit von der landwirtschaftlichen Hofstelle entfernt wie das Wohngebäude Sankt-Nepomuk-Straße 49. Das Plangebiet liegt jedoch zentraler in der Hauptwindrichtung, sodass die Geruchsimmissionen auf das Plangebiet höher ausfallen könnten als auf das Wohngebäude Sankt-Nepomuk-Straße 49. Dadurch könnten sich für den landwirtschaftlichen Betrieb weitergehende Einschränkungen ergeben als dies bisher evtl. schon der Fall ist.</p>	<p>Aufgrund der Kenntnis, dass auf das Plangebiet Emissionen in Form von landwirtschaftlichen Gerüchen einwirken, wurde vom Büro iMA Richter & Röckle ein detailliertes Geruchsprognosegutachten für den Bebauungsplan erstellt. Dafür wurden alle emittierenden landwirtschaftlichen Betriebe im Umkreis des Plangebietes vor Ort aufgenommen und die Zulässigkeit von Tierhaltung anhand der bestehenden Bau- und Betriebsgenehmigungen eingeschätzt.</p> <p>Als Ergebnis kann festgehalten werden, dass im westlichen Teil des Plangebiets die Geruchsimmissionen unterhalb des für Wohngebiete geltenden Immissionswerts von 10 % liegen. Im östlichen Bereich wird der Immissionswert von 10 % jedoch überschritten.</p> <p>Im vorliegenden Fall kann jedoch zur Beurteilung aus den folgenden Gründen ein Zwischenwert von bis zu 15 % angesetzt werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Aufgrund der Lage des östlichen Teils im unmittelbaren Übergang zum Außenbereich erscheint es angemessen, dass etwas höhere

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
	<p>Es ist deshalb erforderlich, die Geruchsausbreitung und die Geruchsimmissionen auf das Plangebiet näher zu untersuchen. Laut der Stellungnahme des Fachbereich Landwirtschaft, die uns bereits vorliegt, ist aufgrund der Nähe der landwirtschaftlichen Betriebe zum geplanten Baugebiet eine Beurteilung nach VDI 3894 mit dem verwaltungsinternen EDV-Programm GERDA der Fa. Lohmeyer nicht möglich. Insoweit dürfte eine Geruchsprognose unter Anwendung eines feineren Rasters durch ein externes Ingenieurbüro erforderlich werden.</p>	<p>Werte akzeptabel sind.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Aufgrund der Vielzahl der landwirtschaftlichen Betriebe im Ortsteil Unterweiler kann von einer Ortsüblichkeit ausgegangen werden. • Der angenommene Tierbestand basiert insbesondere beim maßgebenden Landwirt Nr. 8 (siehe Gutachten) auf der Grundlage einer Bau- und Betriebsgenehmigung aus dem Jahr 1962. Aktuell sind deutlich weniger Tiere im Bestand vorhanden und es erscheint vor dem Hintergrund der sich immer stärker in Richtung Tierwohl entwickelnden Anforderungen an die Haltungsbedingungen unrealistisch, dass künftig die Baugenehmigung ausgeschöpft werden kann. Daher besteht keine Gefahr, dass Einschränkungen durch die heranrückende Wohnbebauung entstehen können. <p>Dies rechtfertigt im konkreten Fall zur Beurteilung der Geruchsimmissionen von max. 15% auszugehen. Dieser Wert wird im gesamten Plangebiet gemäß Gutachten eingehalten.</p>
A.1.5.2	<p>Im Hinblick auf das Themenfeld Schall und Lärm haben die umliegenden Betriebe dem Schutzbedürfnis der Wohnbebauung im Plangebiet angemessen Rechnung zu tragen. Es gelten für allgemeine Wohngebiete die Immissionsrichtwerte von 55 dB(A) tags und 40 dB(A) nachts nach Beiblatt 1 der DIN 18005-1 „Schallschutz im Städtebau“ bzw. der TA-Lärm.</p>	<p>Dies wird zur Kenntnis genommen.</p>
A.1.6	<p>NATURSCHUTZ</p>	
A.1.6.1	<p>Die eingereichten Unterlagen zur Beurteilung der Bauleitplanung sind vollständig. Es handelt sich um ein beschleunigtes Verfahren nach § 13b BauGB. Im beschleunigten Verfahren ist gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB keine Umweltprüfung durchzuführen und kein Umweltbericht zu erstellen. Zudem ist gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 4 BauGB die naturschutzrechtliche Eingriffs-/ Ausgleichsregelung nicht anzuwenden. Schutzgebietskulissen nach Naturschutzrecht sind keine betroffen.</p>	<p>Dies wird zur Kenntnis genommen.</p>
A.1.6.2	<p>Die in der Umweltanalyse des Büro 365° freiraum + umwelt (Stand: 28.05.2020) formulierten Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen sind vollständig umzusetzen.</p>	<p>Dies wird zur Kenntnis genommen.</p>
A.1.6.3	<p>Bezüglich der Pflanzliste I für die Maßnahme M6 (S.15 und S.24, Umweltanalyse)</p>	<p>Dies wird berücksichtigt. Die Pflanzliste wird entsprechend abgeändert.</p>

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
	se) weisen wir darauf hin, dass nach dem Leitfaden: „Gebietsheimische Gehölze in Baden-Württemberg“ die Winter-Linde für Ostrach nicht gebietsheimisch ist, sondern die Sommer-Linde. Wir bitten dies abzuändern.	
A.1.6.4	In Bezug auf Maßnahme M7 (S.16, Umweltanalyse) bitten wir zu beachten, dass Einfriedungen so zu gestalten sind, dass sie mindestens 10 cm über dem Grundenden, um für Kleinsäuger keine Barriere darzustellen.	Dies wird berücksichtigt.
A.1.6.5	Hinweisend auf die Maßnahme M8 „Gestaltung der unbebauten Grundstücksflächen“ bei welcher die Ausbringung von Schotter, Kies, Steine usw. unzulässig ist (S.16, Umweltanalyse), möchten wir darauf hinweisen, dass inzwischen gemäß § 21a LNatSchG Schotterungen zur Gestaltung von privaten Grünflächen nicht mehr zulässig sind. Weiterhin ist drauf hinzuwirken, dass Gartenanlagen insektenfreundlich gestaltet werden und Gartenflächen vorwiegend begrünt werden.	Dies wird berücksichtigt. Die Festsetzung wird angepasst.
A.1.6.6	Weithin stellt der südlich gelegene Seebach ein potentielles Jagdgebiet von Fledermäusen dar (S. 19, Umweltanalyse). Deshalb ist besonders darauf zu achten, dass dieser Bereich insbesondere von Lichtemissionen nicht beeinträchtigt wird.	Dies wird berücksichtigt. Beeinträchtigungen des Seebachs durch Lichtemissionen werden durch die Pflanzung einer Hecke am südlichen Rand des Plangebietes gemindert.
A.1.6.7	Nach Angaben der Umweltanalyse ist die Umsetzung der Heckenpflanzung für den Bebauungsplan „Beundwiesen“ nach derzeitigem Kenntnisstand auf den bereits bebauten Grundstücken nicht vollständig erfolgt. Diese dient dem Schutz des angrenzenden Gewässerrandstreifens, der Eingrünung des Baugebietes und wurde auch in der damals erforderlichen Eingriffs-Ausgleichsbilanz berücksichtigt (S.5, Umweltanalyse). Die Pflanzbindung ist zeitnah umzusetzen.	Dies wird zur Kenntnis genommen.
A.1.6.8	Hinweise: Aufgrund von höchstrichterlicher Entscheidung (VGH Mannheim, Urteil vom 12.06.2012, Nr. 8 S 1337/10, bestätigt durch das Bundesverwaltungsgericht, Urteil vom 18.07.2012, Nr. 4 CN 3.12) sind folgende Positionen im Bauleitplanverfahren zu beachten: § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB verpflichtet die Gemeinden, die in den vorgenannten Stellungnahmen und Unterlagen behandelten Umweltthemen	Dies wird zur Kenntnis genommen. Bei dem vorliegenden Verfahren handelt es sich um ein beschleunigtes Verfahren nach § 13b BauGB, weshalb auf eine schlagwortartige Zusammenfassung und Charakterisierung von Umweltinformationen verzichtet werden kann.

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
	<p>nach Themenblöcken zusammenzufassen und diese in der Auslegungsbeurkundung schlagwortartig zu charakterisieren. Erforderlich ist eine Kurzfassung der vorhandenen Informationen. Das Bekanntmachungserfordernis erstreckt sich auch auf solche Arten verfügbarer Umweltinformationen, die in Stellungnahmen enthalten sind, die die Gemeinde für unwesentlich halten und deshalb nicht auszulegen beabsichtigt. Verstöße gegen § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB führen zur Unwirksamkeit des Bebauungsplanes. Ein pauschaler Hinweis auf den anhängenden Umweltbericht sowie eine bloße Auflistung der umweltbezogenen Stellungnahmen genügt diesen Anforderungen nicht. Nach Auffassung der Rechtsprechung ist die zu planende Gemeinde auf der „sicheren Seite“, wenn der Bekanntmachungstext einen zwar stichwortartigen aber vollständigen Überblick über diejenigen Umweltbelange ermöglicht, die aus der Sicht der zum Zeitpunkt der Auslegung vorliegenden Stellungnahmen und Unterlagen in der betreffenden Planung eine Rolle spielen.</p> <p>Die Pflicht einer schlagwortartigen Zusammenfassung und Charakterisierung von Umweltinformationen gilt nur im Regelverfahren. Im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB und im beschleunigten Verfahren nach §§ 13a und 13b BauGB, in denen von Umweltprüfung und Umweltbericht abgesehen wird, entfällt auch die Pflicht zur Angabe, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind.</p>	
A.2 Landratsamt Sigmaringen – FB Landwirtschaft (gemeinsames Schreiben vom 10.08.2020)		
A.2.1	<p>In Unterweiler wirtschaften vier aktive Landwirte mit Tierhaltungen. Der Bestandschutz dieser Tierhaltungen ist höher als die derzeit gehaltenen Tiere. Dazu kommen zwei weitere Hofstellen mit Tierhaltungen.</p> <p>Aufgrund der Nähe der landwirtschaftlichen Betriebe zum geplanten Baugebiet ist eine Beurteilung nach VDI 3894 mit dem verwaltungsinternen EDV-Programm GERDA der Fa. Lohmeyer nicht möglich. Hier ist ein Sondergutachten erforderlich.</p> <p>Es muss davon ausgegangen werden,</p>	Siehe Abwägung zu A.1.5.1

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
	<p>dass die Immissionswerte bis 10 % der Jahresstunden in Wohngebieten (laut GIRL) auf den geplanten Baugrundstücken deutlich überschritten werden. Die Geruchsbelästigung ist demnach als erheblich einzustufen. Zudem muss mit den üblichen Belastungen durch landwirtschaftliche Betriebe gerechnet werden.</p> <p>Der FB Landwirtschaft erhebt daher Einwände gegen die Einstufung als allgemeines Wohngebiet.</p>	
A.3	Landratsamt Sigmaringen – FB Straßenverkehrsbehörde (gemeinsames Schreiben vom 10.08.2020)	
A.3.1	<p>Sofern Carports keine Wände haben, welche die Sicht bei der Ausfahrt aus diesen behindert, können wir hier mit einem Abstand von mindestens 2 m zur Straße mitgehen.</p>	Ein Carport wird als ein mindestens an zwei Seiten offener, überdachter Stellplatz definiert.
A.4	Landratsamt Sigmaringen – FB Baurecht (gemeinsames Schreiben vom 10.08.2020)	
A.4.1	<p>Dies ist eine koordinierte Stellungnahme der vorgenannten Fachbereiche. Die Angaben wurden auf Plausibilität geprüft. Eine vorweggezogene Abwägung hat nicht stattgefunden. Eine Abarbeitung und Abwägung im kommunalen Gremium ist zu jeder einzelnen Position notwendig.</p>	Dies wird zur Kenntnis genommen.
A.4.2	<p>Ich darf Sie bitten, nach Beratung der öffentlich-rechtlichen Belange dem Fachbereich Baurecht und dem Fachbereich Umwelt und Arbeitsschutz in jedem Fall je ein Abwägungsprotokoll zu übersenden.</p>	Dies wird zur Kenntnis genommen.
A.5	Regierungspräsidium Stuttgart – Landesamt für Denkmalpflege (Schreiben vom 18.08.2020)	
A.5.1	<p>Bau- und Kunstdenkmalpflege:</p> <p>Im Zuge der Anhörung zum Bebauungsplan Beundwiesen hatten wir festgestellt, dass sich das Plangebiet aufgrund der bestehenden Sichtachse zur „Kapelle zu den 14 Nothelfern“ in dessen gem. § 15/3 DSchG geschützten Umgebung befindet. Erhebliche Bedenken wurden nicht vorgebracht, weil man die Baulinie von der Straße etwas zurückversetzte bzw. zur Straße hin nur Garagen zuließ. Diese Art der Festsetzung der Baufenster bzw. der Flächen für Nebenanlagen wurde in diesem Bebauungsplan entsprechend weiter entwickelt.</p> <p>Von einer durch den BPL Beundwiesen II</p>	Dies wird zur Kenntnis genommen.

[illegible]

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
	<p>planten Wohngebiet auszugehen ist.</p> <p>Inwiefern die für ein allgemeines Wohngebiet zulässigen Geruchsimmissionswerte im Plangebiet eingehalten werden, ist unserer Auffassung nach zunächst näher zu untersuchen, zumal sich nördlich des Plangebiets offenbar mehrere landwirtschaftliche Hofstellen mit ggfs. verschiedenen Emissionsstandorten im Nahbereich der geplanten Wohnnutzungen befinden. Allein die Zusicherung, dass in einer benachbarten Hofstelle die Tierhaltung rückläufig sei, und damit keine Konflikte zu erwarten sind, erscheint für eine solche Beurteilung nicht ausreichend.</p>	
A.6.3	<p>Gewässer und Boden</p> <p>Bezüglich der Erlaubnispflichtigkeit von Anlagen zur Nutzung von Erdwärme wird auf die Stellungnahme der unteren Wasserbehörde verwiesen. Darüber hinaus erfolgen seitens des Referates 52 keine Anregungen zu o.g. Vorhaben.</p>	Dies wird zur Kenntnis genommen.
A.6.4	<p>Hochwasserschutz</p> <p>Wir weisen darauf hin, dass der vorgesehene Bebauungsplan teilweise im festgesetzten Überschwemmungsgebiet liegt. Die Ausweisung neuer Baugebiete auf diesen Flächen ist unzulässig.</p> <p>Die hier für die Beurteilung maßgeblichen Hochwassergefahrenkarten liegen bereits vor. Für diese festgesetzten Überschwemmungsgebiete gelten die Verbote des § 78ff. des Wasserhaushaltsgesetz (WHG).</p> <p>Die geplante Bebauung liegt jedoch außerhalb der ausgewiesenen HQ100 und HQextrem Flächen.</p>	<p>Dies wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Ein entsprechender Hinweis ist in der Begründung bereits enthalten.</p>
A.6.5	<p>Naturschutz</p> <p>Hinsichtlich streng geschützter Arten lässt das Planvorhaben der Gemeinde keine unüberwindbaren artenschutzrechtlichen Konflikte erkennen. Die Belange der höheren Naturschutzbehörde sind mithin nicht betroffen.</p>	Dies wird zur Kenntnis genommen.
A.7	<p>Regierungspräsidium Freiburg – Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau (Schreiben vom 03.08.2020)</p>	
A.7.1	<p>Geotechnik</p> <p>Das LGRB weist darauf hin, dass im Anhörungsverfahren des LGRB als Träger öffentlicher Belange keine fachtechnische</p>	<p>Dies wird berücksichtigt.</p> <p>Es wird ein Hinweis zur Geotechnik in die Bebau-</p>

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
	<p>Prüfung vorgelegter Gutachten oder von Auszügen daraus erfolgt. Sofern für das Plangebiet ein ingenieurgeologisches Übersichtsgutachten, Baugrundgutachten oder geotechnischer Bericht vorliegt, liegen die darin getroffenen Aussagen im Verantwortungsbereich des gutachtenden Ingenieurbüros.</p> <p>Eine wasserwirtschaftliche Zulässigkeit der geplanten Nutzung vorausgesetzt, empfiehlt das LGRB andernfalls die Übernahme der folgenden geotechnischen Hinweise in den Bebauungsplan:</p> <p>Das Plangebiet befindet sich auf Grundlage der am LGRB vorhandenen Geodaten im Verbreitungsbereich von Sedimenten der Kißlegg-Subformation. Im tieferen Untergrund stehen vermutlich die Gesteine der Oberen Süßwassermolasse an.</p> <p>Mit einem oberflächennahen saisonalen Schwinden (bei Austrocknung) und Quellen (bei Wiederbefeuchtung) des tonigen/tonig-schluffigen Verwitterungsbodens ist zu rechnen.</p> <p>Bei etwaigen geotechnischen Fragen im Zuge der weiteren Planungen oder von Bauarbeiten (z. B. zum genauen Baugrundaufbau, zu Bodenkennwerten, zur Wahl und Tragfähigkeit des Gründungshorizonts, zum Grundwasser, zur Baugrubensicherung) werden objektbezogene Baugrunduntersuchungen gemäß DIN EN 1997-2 bzw. DIN 4020 durch ein privates Ingenieurbüro empfohlen.</p>	<p>ungsvorschriften aufgenommen.</p>
A.7.2	<p>Boden</p> <p>Zur Planung sind aus bodenkundlicher Sicht keine Hinweise, Anregungen oder Bedenken vorzutragen.</p>	<p>Dies wird zur Kenntnis genommen.</p>
A.7.3	<p>Mineralische Rohstoffe</p> <p>Zum Planungsvorhaben sind aus rohstoffgeologischer Sicht keine Hinweise, Anregungen oder Bedenken vorzubringen.</p>	<p>Dies wird zur Kenntnis genommen.</p>
A.7.4	<p>Grundwasser</p> <p>Das Plangebiet befindet sich in der rechtskräftig abgegrenzten Schutzzone IIIB des Wasserschutzgebietes Jettikofen.</p>	<p>Dies wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Ein entsprechender Hinweis ist in der Begründung sowie in den Bebauungsvorschriften bereits enthalten.</p>
A.7.5	<p>Bergbau</p> <p>Die Planung liegt nicht in einem aktuellen Bergbaugebiet.</p>	<p>Dies wird zur Kenntnis genommen.</p>

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
	Nach den beim Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau vorliegenden Unterlagen ist das Plangebiet nicht von Altbergbau oder Althohlräumen betroffen.	
A.7.6	Geotopschutz Im Bereich der Planfläche sind Belange des geowissenschaftlichen Naturschutzes nicht tangiert.	Dies wird zur Kenntnis genommen.
A.7.7	Allgemeine Hinweise Die lokalen geologischen Untergrundverhältnisse können dem bestehenden Geologischen Kartenwerk, eine Übersicht über die am LGRB vorhandenen Bohrdaten der Homepage des LGRB (http://www.lgrb-bw.de) entnommen werden. Des Weiteren verweisen wir auf unser Geotop-Kataster, welches im Internet unter der Adresse http://lgrb-bw.de/geotourismus/geotope (Anwendung LGRB-Mapserver Geotop-Kataster) abgerufen werden kann.	Dies wird berücksichtigt. Ein entsprechender Hinweis wird in die Bebauungsvorschriften aufgenommen.
A.8	Regionalverband Bodensee-Oberschwaben (Schreiben vom 15.07.2020)	
A.8.1	Der Bebauungsplan „Beundwiesen II“ liegt nach Plansatz 3.3.5 des rechtskräftigen Regionalplans (1996) in einem „Schutzbedürftigen Bereich für die Wasserwirtschaft“, den es als Ziel der Raumordnung im Sinne von § 1 Abs. 4 BauGB, § 3 Abs. 1 Nr. 2 und § 4 Abs. 1 ROG sowie § 4 Abs. 1 und 4 LplG zu beachten gilt. Dem zufolge sind alle Maßnahmen unzulässig, die die Nutzung der Grundwasservorkommen nach Menge, Beschaffenheit und Verfügbarkeit einschränken oder gefährden.	Dies wird zur Kenntnis genommen. Siehe Beschlussvorschlag A.8.2 zur gültigen Wasserschutzgebietszone III B.
A.8.2	Durch die Ausweisung des Wasserschutzgebiets „Jettkofen“ (festgesetzt am 18.05.1998) wurden die Vorgaben des Regionalplanes konkretisiert, so dass im Fortschreibungsentwurf des Regionalplans der „Schutzbedürftigen Bereich für die Wasserwirtschaft“ entfällt und aktuell die Festlegungen für die Wasserschutzgebietszone III B der entsprechenden Wasserschutzgebietsverordnung zu beachten sind.	Dies wird zur Kenntnis genommen. Ein Hinweis, dass die entsprechenden Wasserschutzgebietsverordnung für die Wasserschutzgebietszone III B zu beachten sind, ist bereits in den Bebauungsvorschriften enthalten.
A.8.3	Da der südlich an den Geltungsbereich anschließend fließende Seebach Teil des landesweiten Biotopverbundsystems ist,	Dies wird zur Kenntnis genommen.

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
	<p>welches gemäß der Naturschutzstrategie des Landes Baden Württemberg vom 2. Juli 2013 „auf regionaler und lokaler Ebene unter Einbeziehung der Fließgewässer samt ihrer Auen eine möglichst hohe Kohärenz erlangen soll“ wird im Entwurf der Regionalplanfortschreibung entlang des Seebachs ein „Vorranggebiet für Naturschutz und Landschaftspflege“ festgelegt. Durch die geplante Ausbildung eines Uferstrandstreifens auf dem gemeindeeigenen Flurstück Nr. 76/5 wird die Kohärenz (Durchgängigkeit) des Biotopsystems gesichert wodurch den künftigen Festlegungen des Plansatz 3.2.1 Abs. 2 der Regionalplanfortschreibung (Vorranggebiet für Naturschutz und Landschaftspflege) entsprochen wird.</p>	
A.8.4	<p>Darüber hinaus bringt der Regionalverband Bodensee - Oberschwaben zum oben genannten Bebauungsplan keine Anregungen vor.</p>	<p>Dies wird zur Kenntnis genommen.</p>
A.9	<p>Deutsche Telekom Netzproduktion GmbH (Schreiben vom 10.08.2020)</p>	
A.9.1	<p>Gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes haben wir keine Einwände, möchten jedoch auf folgendes hinweisen.</p> <p>Im Planbereich befinden sich Telekommunikationslinien der Telekom, die aus beigefügtem Plan ersichtlich sind. Je nach Bedarf der geplanten 3 Bauprojekte sind mehr oder weniger Telekommunikationsinfrastruktur notwendig.</p> <p>Günstigenfalls ist nur eine Hauszuführung notwendig, die vom Bauherren bei unserem Bauherrenservice zu beantragen ist</p> <p>Der/die Bauherren mögen sich bitte rechtzeitig vor Baubeginn über unser Internetportal des Bauherrenservice oder unserem Eingangstor für die Hauszuführungen melden.</p> <p>Die Kontaktdaten lauten: Email: Bbb-Donaueschingen@telekom.de, Tel. +49 800 3301903, Web: https://www.telekom.de/hilfe/bauherren</p>	<p>Dies wird berücksichtigt.</p> <p>Es wird ein Hinweis zu den Belangen der Deutschen Telekom Netzproduktion GmbH in die Bebauungsvorschriften aufgenommen.</p>
A.10	<p>Netze BW GmbH (Schreiben vom 30.07.2020)</p>	
A.10.1	<p>Im Geltungsbereich befinden sich 0,4kV-Kabel. Wir gehen davon aus, dass diese Anlagen in ihrer derzeitigen Lage bestehen bleiben können. Wenn Sicherungs-</p>	<p>Dies wird zur Kenntnis genommen.</p>

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
	oder Änderungsmaßnahmen notwendig sind, dann rechnen wir die Kosten nach den bestehenden Verträgen ab.	
A.10.2	Am südlichen Rand des Geltungsbereiches verläuft eine 20-kV-Freileitung und tangiert den Geltungsbereich. Von unseren Freileitungen ist der nach DIN VDE 0210 (siehe Anhang) vorgeschriebene Schutzabstand einzuhalten.	Dies wird berücksichtigt. Der Verlauf der 20-kV-Freileitung südlich des Geltungsbereichs wird im Bebauungsplan dargestellt. Der vorgeschriebene Schutzabstand wird eingehalten.
A.10.3	Wir bitten Sie, uns am weiteren Verfahren zu beteiligen.	Dies wird berücksichtigt. Eine weitere Verfahrensbeteiligung wird zugesichert.
A.11	Netze-Gesellschaft Südwest mbH (Schreiben vom 10.07.2020)	
A.11.1	Im Bereich der bestehenden Straßen und Wege, sowie innerhalb des Bebauungsplans sind Erdgasleitungen vorhanden, die in Abstimmung mit dem Straßenbaulastträger, bzw. Grundstückseigentümer verlegt wurden. Die entsprechenden Planunterlagen erhalten Sie über die E-Mailadresse: plan-auskunft@netze-suedwest.de	Dies wird zur Kenntnis genommen.
	Hinweis:	
A.11.2	Am nördlichen Rand innerhalb des Bebauungsplans verläuft unsere Erdgashochdruckleitung, DA 125, PN 4, die in Abstimmung mit dem Straßenbaulastträger, bzw. Grundstückseigentümer verlegt wurde. Der Schutzstreifen dieser Leitungen (1,50 m links und rechts der Leitungsachse) muss aus sicherheitstechnischen Gründen von jeglicher Bebauung und Bepflanzung mit hochstämmigem Bewuchs freigehalten werden. Innerhalb dieses Schutzstreifens dürfen Arbeiten nur nach vorheriger Absprache und nur unter unserer Aufsicht durchgeführt werden. Arbeiten mit schwerem Gerät sind innerhalb dieses Schutzstreifens, ohne besondere Schutzmaßnahmen, nicht erlaubt. Das Anlegen von Straßen, Gehwegen oder Parkierungsflächen ist gestattet. Ein entsprechender Hinweis im Textteil des Bebauungsplans, sowie die Darstellung [Schutzstreifen Erdgas-Hochdruckleitung ist in den Planunterlagen bereits dargestellt.	Dies wird zur Kenntnis genommen und ist bereits in den Bebauungsvorschriften sowie in der Begründung enthalten. Der genaue Verlauf der Gashochdruckleitung wird in der Planzeichnung ergänzt und der notwendige Schutzstreifen eingezeichnet.

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
A.11.3	<p>Bei wesentlichen Änderungen der Höhenlage der Straßen- und Gehwegoberflächen (Abtrag > 10 cm, Auftrag > 30 cm) sowie bei anderen Maßnahmen, die die Gasleitungen tangieren, ist die Netze-Gesellschaft Südwest mbH. Technischer Service TSO, Brunnenbergstr. 27, 89597 Munderkingen, Tel.: 07393-958-115. E-Mail: TSO Anschluss Netzthemen@netze-suedwest.de rechtzeitig in die Planung mit einzubeziehen, um der Kostenminimierung bei evtl. erforderlichen Umbaumaßnahmen oder Umlanungen gerecht zu werden. Dasselbe gilt auch für evtl. Teilnahmen an Ausschreibungen von Bauleistungen.</p> <p>Sollten im Zuge dieser Maßnahme ausnahmsweise Umlanungen unserer Versorgungsleitungen erforderlich sein und hat die Gemeinde Ersatzansprüche gegenüber Dritten oder leisten Dritte Zuschüsse, sind diese zur Minderung der Änderungskosten zu verwenden, soweit dies mit der Zweckbestimmung der geleisteten Zuschüsse in Einklang steht. Die Kostenerstattungsregelung für förmlich festgelegte Sanierungsgebiete gemäß § 150 Baugesetzbuch bleibt unberührt. Bei dinglich gesicherten Verteilungsanlagen gilt die gesetzliche Folgekostenregelung (§ 1023 BGB).</p> <p>Ein Anschluss zusätzlicher Straßen, bzw. neue Netzanschlüsse an das vorhandene Netz ist technisch möglich; eine Entscheidung über den Ausbau kann jedoch erst anhand einer Wirtschaftlichkeitsuntersuchung erfolgen, wenn ein entsprechender Bedarf für Erdgasanschlüsse besteht, bzw. keine Erschließung mit Nahwärme durch Dritte erfolgt.</p> <p>Bei neuen Erschließungsstraßen und -wegen sollte vorsichtshalber darauf geachtet werden, dass eine Trasse für eine Gasleitung vorgesehen wird. Bei Privatstraßen oder -wegen muss dann ein entsprechendes Leitungsrecht für die Gasleitung im Bebauungsplan eingetragen werden.</p>	<p>Dies wird zur Kenntnis genommen und berücksichtigt.</p>
A.11.4	<p>Baumpflanzungen: Hinsichtlich der erforderlichen Abstände von hochstämmigen Bäumen gelten die Vorgaben des Technischen Regelwerkes DVGW GW 125 (M). Falls bei geplanten Baum-</p>	<p>Dies wird berücksichtigt.</p> <p>Es wird ein Hinweis zu den Belangen der Netze Gesellschaft Südwest GmbH in die Bebauungsvorschriften aufgenommen.</p>

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
	<p>pflanzungen der Mindestabstand von 2,50 m zu unseren Versorgungsleitungen unterschritten wird, sind mechanische Schutzmaßnahmen erforderlich, die durch den Erschließungsträger abzustimmen, zu veranlassen und zu bezahlen sind.</p>	
A.12	<p>NetCom BW GmbH (Schreiben vom 14.08.2020)</p>	
A.12.1	<p>Im Geltungsbereich des Bebauungsplanverfahrens Beundwiesen II in Ostrach unterhält die NetCom BW keine Leitungen. Maßnahmen sind in diesem Gebiet aktuell nicht geplant.</p> <p>Da wir jedoch Betreiber kommunaler Telekommunikationsinfrastruktur im Gemeindegebiet sind, möchten wir Sie bitten uns im weiteren Verfahren, über evtl. geplante Breitbandinfrastrukturmaßnahmen zu informieren.</p> <p>Ansprechpartner bei der NetCom BW wäre hierfür:</p> <p>Herr Thomas Wittkopf Team Ausbaumanagement Netcom BW GmbH Unterer Brühl 2 73479 Ellwangen Telefon+49 1758197815 thomas.wittkopf@netcom-bw.de</p>	<p>Dies wird zur Kenntnis genommen.</p>
A.13	<p>Amprion GmbH (Schreiben vom 17.07.2020)</p>	
A.13.1	<p>Im Planbereich der o. a. Maßnahme verlaufen keine Höchstspannungsleitungen unseres Unternehmens.</p> <p>Planungen von Höchstspannungsleitungen für diesen Bereich liegen aus heutiger Sicht nicht vor.</p> <p>Wir gehen davon aus, dass Sie bezüglich weiterer Versorgungsleitungen die zuständigen Unternehmen beteiligt haben.</p>	<p>Dies wird zur Kenntnis genommen.</p>
A.14	<p>Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr (Schreiben vom 09.07.2020)</p>	
A.14.1	<p>Durch die oben genannte und in den Unterlagen näher beschriebene Planung werden Belange der Bundeswehr berührt, jedoch nicht beeinträchtigt.</p> <p>Vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage bestehen zu der Planung seitens der Bundeswehr als Trä-</p>	<p>Dies wird zur Kenntnis genommen.</p>

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
	ger öffentlicher Belange keine Einwände.	

B KEINE BEDENKEN UND ANREGUNGEN DER BEHÖRDEN UND TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE

B.1	Landratsamt Sigmaringen – FB Forst (gemeinsames Schreiben vom 10.08.2020)
B.2	Landratsamt Sigmaringen – FB Straßenbau (gemeinsames Schreiben vom 10.08.2020)
B.3	Landratsamt Sigmaringen – FB Recht und Ordnung (gemeinsames Schreiben vom 10.08.2020)
B.4	Landratsamt Sigmaringen – FB Vermessung und Flurneuordnung (gemeinsames Schreiben vom 10.08.2020)
B.5	Industrie- und Handelskammer Bodensee-Oberschwaben (Schreiben vom 15.07.2020)
B.6	terraneTS bw GmbH (Schreiben vom 09.07.2020) – keine weitere Beteiligung
B.7	Polizeipräsidium Ravensburg – Führungs- und Einsatzstab, Sachbereich Verkehr (Schreiben vom 24.07.2020)
B.8	Stadt Pfullendorf (Schreiben vom 14.07.2020) – keine weitere Beteiligung
B.9	GVV Altshausen (Schreiben vom 10.07.2020) – keine weitere Beteiligung
B.10	Gemeinde Hoßkirch (Schreiben vom 13.07.2020)
B.11	Regierungspräsidium Tübingen – Ref. 45
B.12	Gemeindeverwaltung Königseggwald
B.13	Gemeindeverwaltung Riedhausen
B.14	Gemeindeverwaltung Wilhelmsdorf
B.15	Gemeindeverwaltung Illmensee
B.16	Gemeindeverwaltung Krauchenwies
B.17	Gemeindeverwaltung Hohentengen
B.18	Stadtverwaltung Bad Saulgau
B.19	Stadtverwaltung Mengen
B.20	Zweckverband WV Königsegg
B.21	LandesnaturaSchutzverband Baden-Württemberg e.V.
B.22	BUND
B.23	NABU Baden-Württemberg
B.24	BLS – Breitbandversorgungsgesellschaft im südlichen Landkreis Sigmaringen mbH & Co. KG

C PRIVATE STELLUNGNAHMEN VON BÜRGERINNEN UND BÜRGERN

Stellungnahmen von Bürgerinnen und Bürgern sind nicht eingegangen.